

Medienmitteilung

Themen	Aufruf der Grünliberalen zur Unterstützung der kantonalen Volksinitiative „Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern!“
Für Rückfragen	Karl Linder, Vorstandsmitglied, M. 079 320 86 27
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt www.bs.grunliberale.ch
Datum	5. Mai 2017

Die Grünliberalen sind erstaunt darüber, dass die Regierung zu unserer Initiative «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern!)» keinen Gegenvorschlag erarbeitet hat. Es wäre die Chance gewesen, den demokratischen Diskurs zu eröffnen, und zu zeigen, dass man den Inhalt ernst nimmt. Die Gleichbehandlung von obersten Exekutivorganen und Führungspersonen gegenüber den übrigen Angestellten ist nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine Frage der Transparenz sowie eine Thematik von aktuellstem öffentlichem Interesse. Spätestens seit der Abstimmung über die „Abzocker-Initiative“ ist dies hinlänglich bekannt.

Abtretende Ü50-Regierungsräte erhalten nach der heutigen Regelung kumuliert bis zu 1.7 Mio. Ruhegehalt. Dies ist gerade gegenüber Ü50-Entlassenen, die sich bis zum Rentenalter noch mühsam um einen neuen Job bemühen müssen, eine nicht zu rechtfertigende und vor allem nicht mehr zeitgemässe Privilegierung. Leider haben auch alle Regierungsrats-Parteien die Initiative im Grossen Rat abgelehnt. Hier wurden rein monetäre Parteiinteressen – auf Ruhegehälter werden Mandatsabgaben erhoben – den sozialen und übrigen politischen Interessen übergeordnet.

Wir Grünliberalen sind überzeugt, dass wir mit dieser Initiative auch unter diesen Umständen die Volksabstimmung gewinnen werden. Dies hat der sehr breite Zuspruch aus der Bevölkerung beim Unterschriftensammeln bereits untermauert. Die Initiative ist zudem kein Tabula rasa gegenüber der derzeitigen Regelung, denn sie verkürzt die Bezugsphase des Ruhegehaltes von maximal zehn Jahren auf drei Jahre. Unser Begehren ist ein vernünftiger und ausgewogener Kompromiss. Dass die Initiative nahe an der Bevölkerung ist, zeigen auch die Reaktionen in den Online-Spalten der Medien, wo sich eine grosse Anzahl Kommentatorinnen und Kommentatoren sowie Leserbrief-Schreiberinnen und -Schreiber positiv zu Wort gemeldet haben.

Dennoch geht es den Grünliberale Basel-Stadt nicht darum, diese Thematik zu monopolisieren. Wir wenden uns deshalb an alle Verbände und Parteien (insbesondere Jungparteien) mit dem Aufruf, mit uns zusammen diese Initiative zum Erfolg zu führen. Bei der kantonalen Volksinitiative „Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern!“ können alle Parteien und Interessierte, denen Lohn- und Finanztransparenz sowie soziale Gerechtigkeit am Herzen liegen, sich mutig hinter das Vorhaben stellen. Stand heute bekennt sich neben den Grünliberalen die BDP zur Initiative. Wir sind sehr offen für weitere Unterstützer und hoffen auf politisch und gesellschaftlich breit abgestützte aktive Mitwirkung.

Für die Grünliberalen Basel-Stadt: Karl Linder, Vorstandsmitglied Grünliberale Basel-Stadt und Mitglied der Einbürgerungskommission Bürgergemeinde Basel:

„Bei der Initiative können alle Parteien, denen die soziale Frage am Herzen liegt und die stets für Gleichbehandlung argumentieren, sich mutig hinter das Vorhaben stellen.“